

Der Sozialstaat im öffentlichen Diskurs: Ist der Sozialstaat auch gerecht?



Hubertus Heil,
Bundesminister für Arbeit und Soziales,
war Gast eines offenen Forums der Friedrich-
Ebert-Stiftung am 14. Juli 2022 in Magdeburg.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte zu einem offenen Forum nach Magdeburg eingeladen, weil sie ein Buchprojekt plant, das unter dem Titel „Deutschland und sein Sozialstaat“ erscheinen soll. Dr. Ringo Wagner, der Leiter des Landesbüros Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung als Moderator stellte eingangs die Frage „Ist der Sozialstaat auch gerecht? Ob das wirklich so ist, dazu konnten sich die Teilnehmer des Forums äußern und Fragen an Bundesminister Heil stellen.

Als langjähriges engagiertes SPD-Mitglied, Vorsitzender der AG Renten beim Seniorenrat der Stadt Halle und Sprecher des Runden Tisches der Berufs- und Personengruppen war ich natürlich in Magdeburg dabei und habe mich zu Wort gemeldet.

Ich habe dem Forum und dem Minister gesagt, dass es schon ein Buch gibt, in dem die Problematik behandelt wird, um die es uns geht:

DIE BETROGENE GENERATION - DER KAMPF UM DIE ZUSATZRENTEN“, erschienen im Chr.-Links-Verlag. Dann habe ich ihn auf unsere Begegnung am 1. Mai 2018 bei der DGB-Kundgebung in Halle erinnert, als wir mit ihm über Notwendigkeit einer politischen Regelung bei den Zusatzversicherungen gesprochen und eine Mappe mit Unterlagen übergeben haben mit der Bitte, sie auch wirklich zu lesen,. Die ab 2019



geführten Gespräche des Runden Tisches mit dem BMAS-Staatssekretär Dr. Schmachtenberg und zahlreichen Politikern haben aber zu keiner akzeptablen Lösung geführt. Die Vorschläge des Runden Tisches für einen Gerechtigkeitsfonds wurden letztlich von der Bundesregierung nicht beachtet. Es soll nur den umstrittenen „Härtefallfonds“ geben, bei dem auf Grund der Orientierung an der Grundsicherung die Angehörigen der DDR-Berufs- und Personengruppen praktisch ausgeschlossen bleiben. Auch der Ostbeauftragte Carsten Schneider erklärte bei unserem Gespräch mit ihm am 1. Juli 2022 in Berlin, dass er sich nur für den Härtefallfonds einsetze, obwohl er auf der Homepage der Bundesregierung erklärte, dass er es als seine Aufgabe ansehe, die Einheit auf Augenhöhe zu vollenden.



Am 1. Juli erklärte er uns gegenüber, dass er schon immer die

Position vertreten hätte, dass die Rentenansprüche der verschiedenen Gruppen nicht berechtigt seien.

Deshalb habe ich Hubertus Heil in Magdeburg ein Schreiben mit folgender Überschrift übergeben: **„Es geht um die Anerkennung der Lebensleistung ostdeutscher Berufs- und Personengruppen! Ein Gerechtigkeitsfonds ist zur Vollendung der sozialen Einheit zwingend erforderlich!“**

Darin habe ich aus einem, auch von Carsten Schneider mit eingebrachten Antrag der SPD-Bundestagsfraktion - Drucksache 17/6486 - vom 6.7.2011 zitiert, in dem der Bundestag aufgefordert wird, mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit die offenen Fragen bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in bundesdeutsches Recht getroffenen Regelungen im Sinne des Rechtsfriedens und der Vollendung der deutschen Einheit endlich abschließend zu klären.

Nichts von dem ist aber bis heute erfolgt, obwohl dies genau das Anliegen des Runden Tisches ist! Dazu habe ich erklärt, dass es in einem Rechtsstaat eigentlich nicht sein kann, dass Bürgern, wie den Angehörigen der ostdeutschen Berufsgruppen auf diese Weise vom Grundgesetz geschützte Ansprüche genommen worden sind. Diese werden damit schlechter behandelt als Naziverbrecher, die nach dem Krieg in der Bundesrepublik ohne Probleme ihre vollen Rentenbezüge weiterhin erhielten.

In seiner Erwiderung erklärte Hubertus Heil, dass man in Koalitionsverträgen nicht das umsetzen könne, was in Parteiprogrammen steht. Da würden die Koalitionspartner mitreden. Er lobte den Härtefallfonds, der sogar noch über das hinausginge, was im Koalitionsvertrag vereinbart sei. Auch die jüdischen Bürger und die Spätaussiedler aus den Gus-Staaten würden einbezogen. Nun müssten alle Bundesländer zustimmen. Wichtig sei, dass man etwas für die tut, die es am nötigsten haben. Zur Berechtigung der Ansprüche der Berufs- und Personengruppen äußerte sich der Minister nicht.

Ich meldete mich deshalb erneut zu Wort. Hubertus Heil behielt aber das Mikrofon in seiner Hand, weil ich sonst zulange reden würde.

Aber ich hatte „Augenhöhe“. Dabei zitierte ich aus einem handschriftlichen Brief einer ehemaligen Krankenschwester aus Cottbus von 2020 an den Runden Tisch: *„In einer echten Demokratie, einem Rechtsstaat und Sozialstaat müssen doch alle Menschen gleichbehandelt werden. Aber davon sind unsere Politiker weit entfernt. Der Blick auf die „normale“ Bevölkerung ist völlig verloren gegangen. Es ist doch beschämend, wenn entscheidende Politiker an der Spitze des Staates keine Notwendigkeit darin sehen, etwas für die Ostrentner zu regeln. Sind wir Ostrentner Menschen 2. Klasse? Der Verdacht drängt sich einem auf.“*



Diesen Brief der Krankenschwester hatte ich bereits am 15. April 2020 als Anhang eines Appells an fast 40 SPD-Politiker, auch an Hubertus Heil geschickt. Gelesen, geschweige denn beachtet wurde er offensichtlich nicht. Auch nach meiner Erwiderung änderte der Minister seine Position nicht. Der Gerechtigkeitsfonds wird von der BMAS-Spitze nicht unterstützt.

Quintessenz dieser Veranstaltung: Aus Sicht des Runden Tisches hat diese Position des Bundesministers mit Gerechtigkeit in einem Sozialstaat absolut nichts zu tun. Ob der Bundesminister Heil das Buch **„Integriert doch erst mal uns!“** der sächsischen Staatsministerin Petra Köpping (SPD) gelesen hat (ebenfalls im Ch. Links-Verlag erschienen), ist stark zu bezweifeln. Diese hatte darin bereits nach den Koalitionsverhandlungen von 2017 erklärt, dass ein Fonds nur für Härtefälle nicht reicht. Die Forderung nach einem Gerechtigkeitsfonds wurde aber wohl bei den nächsten

Koalitionsverhandlungen 2021 auch von der SPD-Spitze nicht eingebracht. Der an die Verhandlungsgruppen gesandte Kompromissvorschlag des Runden Tisches wurde völlig missachtet.

Klaus-Dieter Weissenborn



Blick in das Forum beim Disput mit Hubertus Heil